



Presseinformation

Nr. 46 / 2012

Kiel, Dienstag, 31. Januar 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Aktuelle Arbeitsmarktzahlen

Christopher Vogt: Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – FDP will Rahmenbedingungen für Unternehmen weiter verbessern

Zur aktuellen Situation auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt sagt der arbeits- und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin positiv. Unser Arbeitsmarkt zeigt sich auch im Winter als sehr stabil.“ Es gebe deutlich weniger Arbeitslose als noch vor einem Jahr, viele offene Stellen und neue sozialversicherungspflichtige Jobs. „Wie bei den sprudelnden Steuereinnahmen zeigt diese Entwicklung, wie wichtig stabiles wirtschaftliches Wachstum verbunden mit einer strengen öffentlichen Haushaltsdisziplin für die Menschen in unserem Land ist. Besonders wichtig ist das Vertrauen der Unternehmen in die Politik, weil sich zeigt, dass sie sich nicht verunsichern lassen und weiterhin Menschen einstellen. Die Landespolitik muss weiterhin dafür sorgen, dass die öffentliche Infrastruktur, die Bildungsangebote und die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessert werden. Damit können wir die aktuelle Entwicklung nachhaltig unterstützen“, so Vogt weiter.

Die Äußerung des grünen Fraktionsvorsitzenden zur aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt empfindet Vogt als peinlich: „Wer den Januar 2009 – quasi den Höhepunkt der letzten Wirtschaftskrise – als Vergleichszeitpunkt mit dem Bundesdurchschnitt nimmt, der blendet komplett aus, dass Schleswig-Holstein eine mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur hat. In der Krise waren wir als nicht so exportabhängiges Bundesland nicht so stark betroffen wie andere Regionen, dafür konnten wir im Aufschwung natürlich auch nicht so stark profitieren wie andere. Die von den Grünen gezogenen Rückschlüsse sind deshalb falsch und nicht mehr als Polemik. Diese wirtschaftspolitische Dünnbretbohrerei ist kaum zu ertragen“, so Vogt abschließend.